



**STÄDTEBAU-
FÖRDERUNG**

von Bund, Ländern und
Gemeinden

Dokumentation der Transferwerkstatt

Soziale Infrastrukturen in kleineren Städten und Gemeinden nachhaltig sichern – Strukturen, Modelle, Partnerschaften

15. und 16. Juni 2016
Olfen



1. Veranstaltungstag

Die achte Transferwerkstatt im Städtebauförderprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden – überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke“ fand am 15. und 16. Juni 2016 im Leohaus in Olfen in Nordrhein-Westfalen statt. Die Veranstaltung war in das Präsentationsjahr der REGIONALE 2016 – Westliches Münsterland eingebunden. Nach einem Einstieg in das Thema der Transferwerkstatt hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Nachmittag des ersten Veranstaltungstags die Möglichkeit, im Rahmen einer Fachexkursion vier ausgewählte Beispiele der REGIONALE 2016 zu besichtigen und sich mit lokalen Akteuren auszutauschen.

Begrüßt wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von **Wilhelm Sendermann**, Bürgermeister der Stadt Olfen. In seinem Beitrag stellte er die Stadt sowie die Entwicklungsstrategie vor, die seit mehreren Jahren verfolgt wird, um den Auswirkungen des strukturellen und wirtschaftlichen Wandels in der Region zu begegnen. Ausgangspunkt für den Olfener Ansatz war die Schließung und Aufgabe des Leohauses durch die katholische Kirche im Jahr 2006. Die Entwicklung eines tragfähigen Folgenutzungskonzeptes zum Erhalt des ehemaligen Gemeindehauses als Ort der Begegnung und des gemeinschaftlichen Lebens in Olfen in enger Kooperation mit den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt machte die Beantragung von Fördermitteln aus dem Städtebauförderprogramm erforderlich.

In diesem Zuge erstellte die Stadt Olfen im Jahr 2012 auch ein integriertes Entwicklungskonzept, in dem die Stadt angehalten war, eine gesamtstädtische und interkommunal eingebundene Entwicklungsstrategie zu formulieren. Wilhelm Sendermann betont, dass die – verpflichtende – Erstellung des Entwicklungskonzeptes wesentlich zum Erfolg der Entwicklung in Olfen beigetragen hat: Mit Hilfe der Formulierung einer Gesamtstrategie ist es gelungen, die zukünftigen Handlungsbedarfe der Stadtentwicklung frühzeitig zu identifizieren und die erforderlichen Maßnahmen und Aktivitäten zielorientiert umzusetzen.

Seit 2012 wurden auf Grundlage des integrierten Handlungskonzeptes Innenstadt Olfen zahlreiche Maßnahmen realisiert bzw. befinden sich in Umsetzung: Das Leohaus wurde als neuer Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens in Olfen etabliert. Jetzt ist es Sitz der Bürgerstiftung „Unser Leohaus“ und bietet Räumlichkeiten für die Anlaufstelle der Freiwilligenagentur „Miteinander in Olfen“ sowie die



Der Olfener Bürgermeister Wilhelm Sendermann begrüßt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Transferwerkstatt

Mobilitätszentrale von Olfen. Das „Leohaus-Büro“ koordiniert die Nutzung der Räumlichkeiten und entwickelt gemeinsame Aktivitäten. Im Stadtkern von Olfen wurden der Marktplatz und mehrere öffentliche Grünflächen qualitativ umgestaltet. Die zentrale Bilholtstraße soll zurückgebaut werden und mehr Raum für Fußgänger und Radfahrer bieten. Um die charakteristische münsterländische Baukultur des Olfener Stadtkerns zu sichern und weiterzuentwickeln wurde zudem ein Gestaltungshandbuch erstellt, das von einem Gestaltungsbeirat diskutiert wird.

Aktuell erfolgt die Fortschreibung des integrierten Handlungskonzeptes. Dieses sieht mehrere Maßnahmen zur Qualifizierung und Anpassung von öffentlichen Einrichtung und der sozialen Infrastruktur im Stadtkern vor.

Über die Programmumsetzung auf Landesebene berichtete **Klaus Austermann**, Referatsleiter im Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen. Dabei ging er insbesondere auf die REGIONALE als landesspezifischen Entwicklungs- und Förderansatz sowie die heterogenen Ausgangslagen in den ländlichen Räumen Nordrhein-Westfalens ein: Während ein Teil von Abwanderung betroffen oder bedroht ist, existieren auch stabile Bereiche, in denen die Bevölkerung wieder zunimmt.

Auf diese regionalen Diskrepanzen reagiert das Land mit einer differenzierten Förderstrategie: Im Rahmen des Städtebauförderprogramms „Kleinere Städte und Gemeinden“ werden einerseits klassische interkommunale Kooperationen gefördert, anderer-



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Transferwerkstatt

seits auch großflächige Kommunen mit mehreren Ortsteilen. Vielfach handelt es sich zudem um Kooperationsprojekte der REGIONALEn. Die REGIONALE ist ein regionales Strukturprogramm auf Zeit, in dem verschiedene Förderansätze ressortübergreifend gebündelt werden. Zentrales Entwicklungsziel ist, die Region für die Zukunft aufzustellen, substantielle Aufgaben anzugehen und attraktiv für die Bevölkerung, insbesondere für junge Menschen, zu erhalten.

Die REGIONALE 2016 im westlichen Münsterland ist die achte Regionale in Nordrhein-Westfalen. Bis zum Jahr 2016 werden strukturwirksame Maßnahmen und Projekte entwickelt und umgesetzt, die sich mit den spezifischen Gegebenheiten dieses Raumes beschäftigen. Sie geben gleichzeitig Antworten auf die Zukunftsfragen ländlich geprägter Räume. Im Präsentationsjahr 2016 stellt sich die Region mit ihren Projekten der breiten Öffentlichkeit vor. Im Rahmen der REGIONALE 2016 werden unter dem Motto „ZukunftsLAND“ 35 Städte und Gemeinden im westlichen Münsterland über einen Zeitraum von ca. fünf Jahren prioritär gefördert. Das Programm „Kleinere Städte und Gemeinden“ stellt eine zentrale Säule zur Finanzierung von Maßnahmen dar. Teilweise erfolgt dabei auch eine Verknüpfung mit anderen Programmen der Städtebauförderung.

Schwerpunkthemen im westlichen Münsterland sind der Flächenwandel, die Sicherung der Daseinsvorsorge und die Schärfung der regionalen Profile. Im Themenfeld „Flächenwandel“ stehen die Innenentwicklung und der Umgang mit konkurrierenden Flächennutzungen, wie z.B. Landwirtschaft, Energie, Freizeit und Landschaft im Fokus. Die Sicherung der Daseinsvorsorge insbesondere für eine älter wer-

dende und schrumpfende Bevölkerung soll durch neue innovative Ansätze, die Organisation von neuen Gemeinschaften, eine stärkere Bürgerbeteiligung, neue Mobilitätsprojekte sowie den Umbau von kulturellen und sozialen Einrichtungen neu gedacht werden.

Anschließend richtete **Prof. Dr. Hagen Eyink**, Referatsleiter im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB), den Blick auf die aktuellen Entwicklungstendenzen in Kleinstädten und die Aktivitäten des Bundes in diesem Themenfeld. Durch das Städtebauförderprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden – überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke“ ist die Bedeutung von Kleinstädten im Rahmen der Stadtentwicklungspolitik des Bundes gewachsen. Vorerorts seien kommunale Strategien und Konzepte entwickelt, überörtliche Netzwerke aufgebaut und erste Maßnahmen umgesetzt worden. Inzwischen werden bundesweit mehr als 500 Maßnahmen gefördert. Das Programm trägt dazu bei, durch interkommunale Kooperationen die Kirchturmpolitik zu überwinden und zukunftsweisende Strategien für die Kommunen und die Region zu entwickeln. Gleichzeitig sind auch die Aufgaben in den Kommunen vielfältiger geworden: Neben Demografie und Daseinsvorsorge werden inzwischen z. B. auch Fragen der Integration oder neue Formen des Wohnens thematisiert.

Auch der Bundeswettbewerb „Menschen und Erfolge“ zeichnet Initiativen in Kleinstädten aus. Ziel ist es, das Engagement auf lokaler Ebene zu würdigen und vorbildliche Projekte einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen. Solche Initiativen und Projekte zeigen, wie tragfähige Partnerschaften und innovative Lösungen in Kleinstädten geschaffen werden können. Prof. Eyink warb daher am Ende seines Vortrags dafür, mehr Verbindungen und Vernetzungen z. B. mit anderen Initiativen aufzubauen und voneinander zu lernen. Auch im nächsten Stadtentwicklungsbericht der Bundesregierung werden Kleinstädte als Thema aufgegriffen.

Anschließend führte **Anna Galda**, Bundestransferstelle Kleinere Städte und Gemeinden, in das Thema der Transferwerkstatt ein und stellte den Bezug zum Städtebauförderprogramm her: Die Anpassung von Infrastrukturen zur langfristigen Sicherung der Daseinsvorsorge ist einer von drei Zielbereichen des Städtebauförderprogramms. Es gilt, bestehende Infrastrukturen zu überprüfen und an veränderte Nachfragen anzupassen sowie ein langfristig in seiner Dichte, Qualität und Vielfalt bedarfsgerech-

tes und effizientes Angebot der Daseinsvorsorge zu gewährleisten. Damit sollen auch kostenintensive Doppelstrukturen reduziert werden. Zur Umsetzung dieser Ziele ist die Bündelung von Funktionen und Einrichtungen an einem Ort eine zentrale Entwicklungsstrategie, die mit dem Städtebauförderprogramm verfolgt wird.

Multifunktionale Orte und Maßnahmen mit verschiedenen Ausrichtungen und nachhaltigen Trägerstrukturen tragen zur Stärkung der örtlichen Gemeinschaften bei, beleben die Ortskerne durch Reduktion von Leerständen und Brachflächen, setzen Gebäude von baukultureller und städtebaulicher Bedeutung wieder in Wert und sichern – nicht zuletzt – langfristig soziale Einrichtungen der Daseinsvorsorge in der Gemeinde sowie für die Gemeinde. Multifunktionale Orte der Begegnung, die gleichzeitig zahlreiche Angebote der Daseinsvorsorge bündeln, sind ein vielfach beobachteter Maßnahmentypus in der aktuellen Programmumsetzung. Zur Veranschaulichung wurden ergänzend zum Leohaus weitere Beispiele aus der aktuellen Programmumsetzung vorgestellt.

Positive Beispiele für Initiativen in Kleinstädten außerhalb des Städtebauförderprogramms stellte **Antje Eickhoff**, Montag Stiftung Urbane Räume, vor. Die Stiftung setzt sich dafür ein, städtische Räume so zu entwickeln, dass ein selbstbestimmtes und chancengerechtes Leben ermöglicht wird. In Partnerschaften mit der öffentlichen Hand und der Wirtschaft unterstützt sie insbesondere zivilgesellschaftliche Prozesse und Initiativen dabei, ihre Stadt mitzugestalten. Dazu initiiert die Stiftung unterschiedliche Förderprogramme, mit denen lokale Initiativen unterstützt werden sollen.

Eines davon ist das Programm „Neue Nachbarschaft“. Im Mittelpunkt stehen die sogenannten „Immovielien“. Dies sind gemeinwohlorientierte Immobilien, die von vielen Akteuren aus Zivilgesellschaft, Kommunen, Stiftungen, Unternehmen sowie Einzelpersonen gestaltet und getragen werden. Ziel ist es, vor allem die Gemeinschaft zu stärken und fehlende Einrichtungen und Angebote durch alternative Nutzungs- und Trägerkonzepte anbieten zu können. Anhand ausgewählter Best-Practice-Beispiele veranschaulichte Antje Eickhoff, wie „Immovielien“ in Kleinstädten funktionieren:

- Das Süntellädchen in Flegessen (NI) ist ein durch Crowdfunding finanziertes Lebensmittelgeschäft, das durch ehrenamtliches Engagement gebaut wurde und betrieben wird. Hier werden hochwertige regionale Produkte und Bioprodukte zu



Das Leohaus

günstigen Preisen angeboten. Gleichzeitig dient es als Nachbarschaftstreff mit Café und bietet Raum für den ansässigen Kulturverein.

- Das Elsebad in Schwerte (NW) ist ein seit 20 Jahren bestehendes Bürgerbad. Es wird durch eine gemeinnützige Betriebs-GmbH und einen Förderverein mit ca. 850 Mitgliedern getragen. Der Betrieb des Schwimmbades wird durch Zuschüsse der Stadt und des Landes unterstützt. Neben dem Badebetrieb finden auch kulturelle Aktivitäten und Veranstaltungen sowie ein eigener Kiosk Raum.
- Das Zukunftsbüro Witzenhausen (HE) wird aus Spenden und den Beiträgen der Vereinsmitglieder finanziert. Es dient als Raum für eine Fachwerksprechstunde, das Forum gemeinschaftliches Wohnen, einen Treffpunkt mit offener Sprechstunde für Bewohner, Aktivitäten der Dorfentwicklung, Kampagnen gegen Leerstand und als Arbeitsraum für diverse Projektgruppen.
- In Lunow-Stolzenhagen (BB) haben Ehrenamtliche im Jahr 2006 eine geschlossene Schule zum Begegnungszentrum umgenutzt. Dort findet grenzübergreifende Sport-, Freizeit, Kinder- und Jugendarbeit auch mit polnischen Kindern statt. Das Begegnungszentrum bietet zudem Räume für die Nachbarschaft, die z. B. für Feiern gemietet werden können.
- Das Integrations- und Kulturzentrum Quadrath-Ichendorf (NW) entstand im Rahmen des Sonderprogramms „Hilfen im Städtebau für Kommunen zur Integration von Flüchtlingen“. Eigentümer des Gebäudes ist die Stadt, Träger des Zentrums ist jedoch der ansässige Bürgerverein. Es dient als Bürgerzentrum für alle Generationen mit Kultur- und Gastronomieangeboten, als Integrationszentrum für Geflüchtete mit Beratung und Kursen, als Familienzentrum, als Kulturzentrum und als Zentrum für ehrenamtliches Engagement.

Abschließend ging Frau Eickhoff auf die Erfolgsfaktoren der Projekte ein. Sie machte deutlich, dass der Erfolg solcher Projekte sowohl von den beteiligten Akteuren als auch von externen Rahmenbedingungen beeinflusst wird. Die Beteiligten sollten viel Herzblut einbringen, eine gute Eigenwerbung für ihr Projekt machen und ein starkes Team bilden. Sie sollten bereit sein, zu investieren und ihre Erfahrungen weiterzugeben. Parallel sollten sie Wertschätzung, Informations- und Beratungsangebote sowie Finanzierung erhalten.

Anschließend berichtete **Agnes Himmelmann**, Vorsitzende der Bürgerstiftung „Unser Leohaus“, über die Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte des Leohauses in Olfen. Das identitätsstiftende Haus wurde 2006 vom Eigentümer, der katholischen Kirche, aufgegeben und sollte abgerissen werden, was auf großen Widerstand bei vielen Bürgerinnen und Bürgern stieß. Nachdem die Stadt das Gebäude erworben hatte, wurde eine Bürgerstiftung gegründet, die die Sanierung und den Umbau des Leohauses mit viel Eigenleistung und Unterstützung durch Fördermittel finanzierte und das Haus in Betrieb nahm. Neben den Dauermietern im Haus (insbesondere Vereinen) finden regelmäßig Sponsoringnutzungen aus der Bevölkerung heraus statt. Das Leohaus wird heute in der Bevölkerung als „Schmuckstück“ wahrgenommen und sehr gut angenommen. Im Anschluss hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Gelegenheit, das Leohaus und dessen Nutzer im Rahmen einer Rundgangs kennen zu lernen.

Am Nachmittag des ersten Veranstaltungstages fand unter Federführung der REGIONALE 2016 Agentur eine Fachexkursion zu ausgewählten Maßnahmen und Projekten der REGIONALE 2016 statt, die aus Mitteln des Städtebauförderprogrammes Kleinere Städte und Gemeinden finanziert werden. Dazu führte **Uta Schneider**, Geschäftsführerin der REGIONALE 2016 Agentur, zunächst in die Themen der REGIONALE 2016 ein. Anschließend stellte sie die Stationen der Fachexkursion kurz vor. Dies waren:

- Rundgang in der **Innenstadt von Olfen** mit Bürgermeister Wilhelm Sendermann durch den Stadtpark, den St. Vitus-Park und zum Landschaftsraum Alte Fahrt, die zu einem erlebbaren Landschaftsraum von der Innenstadt zum östlichen Rand der Innenstadt verknüpft werden.
- Besichtigung des Ternschen Sees als Baustein des Projektes **Wasserwege Stever**, ein interkommunales Projekt der Städte Olfen und Selm gemein-



Führung durch das Leohaus

sam mit Graf vom Hagen-Plettenberg zur ökologischen und gestalterischen Aufwertung und Entflechtung des Erholungsraumes zwischen den beiden Städten.

- Rundgang durch die Stadt Selm: Nach einer Begrüßung des Bürgermeisters Mario Löhr an der Selmer Sehstation stellten die Akteure aus Selm das Projekt **„Aktive Mitte Selm“** mit den Bausteinen Umgestaltung und Renaturierung des Auenparks Selmer Bach, Errichtung des Campus Selm mit vielfältigen Bildungs- und Freizeiteinrichtungen und Umbau der Burg Botzlar zum Ort für bürgerschaftliches Engagement vor. Ziel des Projektes ist es, strukturelle Defizite in Selm zu beseitigen, den Wohn- und Freizeitwert zu erhöhen und damit einen Beitrag zur Innenentwicklung zu leisten.
- Rundgang durch die Stadt Lüdinghausen mit Bürgermeister Richard Borgmann sowie Mitarbeitern der Stadtverwaltung mit Vorstellung des Projektes **Wasserburgenwelt**. Hier arbeiten der Kreis Coesfeld und die Stadt Lüdinghausen an drei Projekt-Bausteinen: Gemeinsam mit dem Kreis Coesfeld entwickelt die Stadt die Burg Vischering zum Ort der regionalen Geschichte. Weiterhin erfolgt die Aufwertung der nordwestlich der Altstadt gelegenen Grün- und Freiflächen zur StadtLandschaft und Schaffung neuer Wegeverbindungen in die Altstadt. Dort wird der Marktplatz zum attraktiven Treff- und Kommunikationspunkt umgebaut.

Der erste Veranstaltungstag klang mit einem Abendessen in der Olfener Innenstadt aus. Beim informellen Austausch nutzten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Möglichkeit, die Eindrücke des ersten Tages Revue passieren zu lassen.

Impressionen der Fachexkursion



Stadtspark Olfen



St. Vitus-Park in Olfen mit Gemeindehaus



An der Alten Fahrt in Olfen



Ehemaliger Hafen der Alten Fahrt



Gruppenbild in der „Sehstation“ in Selm



Bürgerhaus in Selm



Marktplatz von Lüdinghausen



Burg Vischering in Lüdinghausen

2. Veranstaltungstag

Den zweiten Veranstaltungstag führte Anna Galda, Bundestransferstelle Kleinere Städte und Gemeinden, mit einer kurzen Rückschau auf den ersten Veranstaltungstag ein. Im Mittelpunkt des zweiten Veranstaltungstages stand die Vorstellung und Diskussion aktueller Maßnahmen und beispielgebender Projekte aus der Programmumsetzung zum Thema der Transferwerkstatt.

Wolfgang Borst, Bürgermeister der Stadt Hofheim in Unterfranken und Vorsitzender der Allianz Hofheimer Land, stellte das Netzwerk von Bürgerhäusern und das Interkommunale Bürgerzentrum im Hofheimer Land vor. Die 2008 gegründete Allianz besteht aus sieben Kommunen mit insgesamt ca. 15.000 Einwohnern. Ziel der Allianz ist es, die Ortskerne durch die Förderung der Innenentwicklung zu beleben und als Lebensmittelpunkte zu sichern. Neben einem aktivierenden Leerstandsmanagement sowie der Einrichtung kommunaler Förderprogramme für private Nutzer und Käufer zur Reaktivierung leer stehender Gebäude oder Brachflächen im Innenbereich werden auch Projekte zur Sicherung der sozialen Infrastrukturangebote umgesetzt.

Um künftige Leerstände zu verhindern, ist es ergänzend zur aktiven Belebung und Reduktion von Leerständen erforderlich, entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen und die Lebensqualität im Ort zu erhalten, betont Wolfgang Borst. Dazu wurde das Netzwerk der Bürgerhäuser im Gebiet der Allianz Hofheimer Land aufgebaut. Die inzwischen 12 fertiggestellten oder im Umbau befindlichen Bürgerhäuser fungieren als soziale und funktionale Mittelpunkte in den Gemeinden und Dörfern des Kooperationsraumes. Das Netzwerk fördert die Begegnung, den Generationenaustausch und das Gemeinwesen.

Zum Netzwerk der Bürgerhäuser gehört auch das interkommunale Bürgerzentrum in Hofheim im ehemaligen Finanzamt der Stadt. Es ist zentraler Anlaufpunkt für die Bürgerinnen und Bürger zu allen Themen der Allianz. Dort befindet sich nicht nur der Sitz des Allianz-Managements, sondern auch eine Vielzahl von Beratungseinrichtungen zu den Themen Daseinsvorsorge, Bauen und Siedlungsentwicklung. Das Bürgerzentrum beherbergt zudem das Büro der Asylbeauftragten für das Allianzgebiet, den Sitz des Kultur- und Seniorenbüros, die Tourismuszentrale, eine Bücherei, einen modern ausgestatteten Konferenzraum sowie einen Ausstellungsraum in der angrenzenden Remise.



Posterausstellung mit Praxisbeispielen aus dem Programm

Zum Aufbau und Erhalt der Bürgerhäuser wird eine Projektstrategie verfolgt, bei der die Bürgerinnen und Bürger der Allianzgemeinden konsequent als Partner der Entwicklung eingebunden sind. Das jeweilige Projekt wird von der Idee bis zum Betrieb mit den Bürgerinnen und Bürgern zusammen entwickelt und umgesetzt. Dies betrifft insbesondere die Finanzierung des Projektes: Die Gesamtkosten abzüglich der förderfähigen Kosten bringen Bürgerschaft und jeweilige Gemeinde zu gleichen Teilen auf. In der Regel wird auch ein Trägerverein gegründet, in dem Finanzierung, Aktivitäten und Betrieb des Projektes oder Hauses gebündelt werden.

Aus der Gemeinde Goldenstedt stellte Bürgermeister **Willibald Meyer** das Familienzentrum im Harmann-Wessel-Haus vor. Die Gemeinde (ca. 10.000 Einwohner) befindet sich im Landkreis Vechta im Städtedreieck Bremen – Oldenburg – Osnabrück. Gemeinsam mit der Samtgemeinde Barnstorf wurde Goldenstedt im Jahr 2013 in das Städtebauförderprogramm „Kleinere Städte und Gemeinde - überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke“ aufgenommen. Im Jahr 2014 erfolgte die Erstellung eines gemeinsamen integrierten Entwicklungs- und Handlungskonzeptes (IHEK). Schlüsselmaßnahme in Goldenstedt ist der Umbau, die Sanierung und Erweiterung des Harmann-Wessel-Hauses zu einem Familienzentrum mit Kindergarten. Damit entsteht zukünftig ein integrierter Betreuungs-, Begegnungs- und Bildungsstandort für die Gemeinde.

Das Haus wurde 1953 errichtet und wird derzeit als Jugendfreizeit- und Erwachsenenbildungsstätte genutzt. Derzeit dient das Gebäude zudem teilweise als

Flüchtlingsunterkunft. Alle Gebäudeteile sind aus energetischer Sicht in einem schlechten Zustand und auch die Sanitärbereiche sind renovierungsbedürftig. Aufgrund des Bevölkerungswachstums besteht zudem ein dringender Bedarf beim Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen.

Die Gemeinde wird dazu den Bildungs- und Begegnungsstandort Harmann-Wessel-Haus zu einem integrierten Familienzentrum mit Kindertagesstätte baulich und funktional weiterentwickeln. Dazu wird die ehemalige Lehrerwohnung zurückgebaut und an deren Stelle ein Anbau an das Bestandsgebäude für den Kindergarten errichtet. Während die Sanierung und Ertüchtigung des Haarmann-Wessel-Hauses aus Mitteln des Städtebauförderprogramms finanziert wird, erfolgt die Errichtung des Kindergartens aus Haushaltsmitteln der Gemeinde Goldenstedt.

Durch die Verknüpfung von Kindergarten, Jugendfreizeitstätte, Beratungs- und Bildungsangeboten für Familien und Erwachsene soll das Familienzentrum die ganze Familie in den Blick nehmen. Sprachkurse und Integrationskurse in Zusammenarbeit mit der evangelischen Kirchengemeinde sollen Menschen zusammenbringen. Außerdem sollen die Räume existierenden Nutzern sowie weiteren Vereinen zur Verfügung stehen. Die Fertigstellung des Kindergartens ist für Oktober 2016 vorgesehen, der Umbau des Hauses zum Familienzentrum soll ab Herbst 2016 erfolgen und im Winter 2017 abgeschlossen werden.

Anschließend berichtete **Rolf Sonnenberger**, Bürgermeister der Einheitsgemeinde Stadt Zörbig, vom Aufbau der „Zörbiger Bildungslandschaft“ und stellte das Schülerbeteiligungshaus vor. Die Stadt Zörbig befindet sich im Landkreis Anhalt-Bitterfeld in Sachsen-Anhalt und wurde 2004 als Einheitsgemeinde mit 11 Stadtteilen gebildet. Heute leben etwa 9.500 Menschen in Zörbig.

Ausgangspunkt für die Etablierung der „Zörbiger Bildungslandschaft“ ist die Konzentration und Vernetzung der Schulstandorte in der Einheitsgemeinde. In diesem Zuge wurde die Kernstadt der Einheitsgemeinde zum sog. „komplexen Schulstandort“ mit Grund- und Sekundarschule sowie Hort und Vorschulbereich aufgewertet. Dies zog eine deutliche Erhöhung der Schülerzahlen am Schulstandort Zörbig nach sich. Die bestehenden Räumlichkeiten sind mittlerweile zeitlich vollständig ausgenutzt und bieten derzeit sowie perspektivisch keine Möglichkeiten für zusätzliche außerschulische Angebote.

Durch das räumlich begrenzte Flächenangebot des Schulhofes können zudem keine Bewegungsflächen im Freien angeboten werden.

Aus Mitteln des Städtebauförderprogramms wurde daher zur Ergänzung der Platz- und Bildungsangebote das Schülerbeteiligungshaus „Haus der Vielfalt“ im ehemaligen Gebäude der Diakonie-Sozialstation eingerichtet. Im „Haus der Vielfalt“ werden Räume für den Jugendclub, einen Standort des Berufsorientierungszentrums (BOZ), ein Schülercafé, die Polizei sowie die Zörbiger Infrastrukturgesellschaft bereitgestellt. Auch die umliegenden Schulen haben sich bei der Konzeption des Hauses eingebracht. Herr Sonneberger betonte jedoch, dass Ideen aktiv eingefordert werden müssen.

Das Schülerbeteiligungshaus ist ein Projektbaustein der „Zörbiger Bildungslandschaft“, die den Schul- und Bildungsstandort um außerschulische Lernorte und Freizeitangebote ergänzt. Ziele der Bildungslandschaft sind das Öffnen von Schule als Dialograum, die Förderung und Stärkung der Kooperation zwischen Schule und Wirtschaft, um Jugendliche bei der Berufsorientierung zu unterstützen sowie die Schaffung von Möglichkeits- und Verwirklichungsraum für Kinder und Jugendliche. Zur Bildungslandschaft gehören zudem das soziokulturelle Zentrum „Gut Mößlitz“ und der Verein „Land.Leben.Kunst.Werk.e.V.“. Sporteinrichtungen, Jugendclubs, Bibliotheken, Museen und Kirchen ergänzen zudem die vielfältigen Angebote der Bildungslandschaft auch an anderen Standorten der Einheitsgemeinde.

Als Herausforderung sieht Rolf Sonneberger die fehlende Verknüpfung zwischen dem Städtebauförderprogramm und anderen Förderinitiativen, wie z.B. LEADER. Er regte an, beispielsweise durch ein Förderprogramm ein Gebäude zu sanieren und ergänzend durch andere Programme das Gebäude inhaltlich zu bespielen.

Anschließend stellte **Wolfgang Grassl**, Initiative „Willkommen in Gransee“, das Projekt „Hospital Global“ vor. Gransee ist eine Stadt mit ca. 4000 Einwohnern und befindet sich im Landkreis Oberhavel in Brandenburg. Die Initiative „Willkommen in Gransee“ gründete sich bereits im Januar 2014 als bekannt wurde, dass eine Flüchtlingsunterkunft im Ort entstehen sollte. Im März 2015 schließlich zogen 80 Flüchtlinge in die Unterkunft ein und wurden von motivierten ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern begrüßt. Es fanden bereits nach kurzer Zeit gemeinsame Aktivitäten statt.

Zur Bündelung der Aktivitäten und zur Vernetzung der Angebote und Akteure wurde in einem ehemaligen Krankenhaus ein Ort der Begegnung geschaffen, das „Hospital Global“. Die denkmalgerechte Sanierung und Nutzbarmachung des Gebäudes erfolgte durch die Initiative „Willkommen in Gransee“ mit viel ehrenamtlicher Unterstützung und ohne Fördermittel. Das Objekt befindet sich im Besitz des Amtes Gransee und stand bereits mehrere Jahre leer. Das Amt stellte der Initiative das Gebäude unkompliziert für die Nutzung als Treffpunkt und Begegnungsort zur Verfügung.

Im „Hospital Global“ können Menschen mit und ohne Asylverfahren sich nun austauschen und z.B. gemeinsam kochen und essen. Hier finden außerdem eine Mutter-Kind-Gruppe, Kunstaktionen, Sprachkurse, eine Fahrradwerkstatt sowie Sportaktivitäten Platz. Während am Anfang die bürgerschaftliche Arbeit im Vordergrund stand, wird derzeit die Unterstützung des Projektes durch Förderprogramme erörtert. Finanzielle Unterstützung erhält die Initiative derzeit von der Kirche und durch Beiträge der Kommune für das Gebäude. Die Initiative ist in keiner formellen Struktur, wie z.B. einem Verein, organisiert. Entscheidungen werden basisdemokratisch getroffen.

In der anschließenden **Diskussionsrunde** mit den Beispielgebern aus den Programmkommunen wurden einzelne Aspekte vertieft. Ein Thema war die Kooperation mit weiteren Akteuren bei der Planung und Umsetzung von Einzelmaßnahmen.

Zentral ist aus Sicht der Referenten die Zusammenarbeit mit verschiedenen lokalen Akteuren. Herr Grassl betonte den Vorteil kleinerer Städte und Gemeinden, da unmittelbarer Kontakt zwischen den Akteuren und auch zur Kommune besteht. Wenn Probleme bestehen, kann der Bürgermeister direkt angesprochen werden. Durch das persönliche Kennen entsteht Vertrauen. Herr Bürgermeister Sonnenberger fügte hinzu, dass die Kommune vielfältige Möglichkeiten des Austausches und der Kommunikation anbieten und nutzen sollte: Aufgrund der unterschiedlichen Organisationsformen besteht kein feststehendes Muster für die richtige Kommunikation zwischen Kommune und Zivilgesellschaft. Zudem ist der Austausch auf Augenhöhe wichtig. Nur so gelinge es, nachhaltige Partnerschaften aufzubauen, von denen die Entwicklung der Stadt oder Gemeinde profitieren kann.

Jedoch sollten Aufgaben auch bewusst an Vereine und andere aktive Institutionen in der Kommune



Diskussionsrunde mit den Beispielgebern aus den Programmkommunen

verlagert werden, wo dies hilfreich ist: Diese können durch eine andere Form der Ansprache als Multiplikatoren in Stadtentwicklungsprozessen fungieren. So berichtet Herr Sonnenberger, dass bspw. der Stadtbadverein in Zörbig erfolgreicher Spenden akquirieren kann als die Stadt. Als weiteres Beispiel nennt er den Kulturverein. Hier funktioniert die Organisation durch den Verein direkter und unkomplizierter, als sie von der Stadtverwaltung möglich wäre.

Ein weiteres Thema der Diskussion waren die Erfahrungen aus den Kommunen zum Thema Beteiligung, etwa an der Erstellung von integrierten Entwicklungskonzepten. Hier berichten die Referenten von unterschiedlichen Erfahrungen. Herr Bürgermeister Meyer unterstrich, dass es Geduld und Fantasie braucht, um Bürgerinnen und Bürger für ihre Stadt oder Gemeinde zu begeistern. Insbesondere interessierte bzw. engagierte Bürgerinnen und Bürger sollten gesucht und direkt angesprochen werden. Dies bedarf viel Kommunikation und einer Mischung aus Vordenken und kollektiver Intelligenz.

Anschließend stellten **Lars Porsche**, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung und **Dr. Jens Hoffmann**, Institut für kooperative Regionalentwicklung der Hochschule Neubrandenburg, erste Erkenntnisse aus der Arbeit im Forschungsfeld „Potenziale von Kleinstädten in peripheren Lagen“ des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus vor.

Das Forschungsfeld greift die besondere räumliche Bedeutung von Kleinstädten in peripheren Lagen mit ihren speziellen wirtschaftlichen, demografischen und sozialen Rahmenbedingungen sowie den spezifischen Handlungslogiken dieses Stadt- und

Lagetyps auf. Dazu werden modellhaft in acht ausgewählten Kleinstädten in einem gemeinsamen Prozess von Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Bürgerschaft Entwicklungspotenziale identifiziert und Zukunftsstrategien entwickelt. Mit innovativen partizipativen Methoden wie Szenariotechnik und Jugend-BarCamps werden all diejenigen beteiligt, die sich in den Kommunen als Zukunftsgestalter engagieren. Auf der Basis von Szenarien werden neue Lösungsansätze abseits tradierter Pfade entwickelt sowie Schlüsselprojekte, Netzwerke oder Handlungsansätze abgeleitet. Die Modellvorhaben stehen stellvertretend für 917 peripher gelegene Kleinstädte bundesweit. Ziele des Forschungsfeldes sind:

- die Identifizierung spezifischer Handlungsbedingungen und Potenziale von Kleinstädten, die zu eigenbestimmten, nachhaltigen Kleinstadtprofilen führen,
- die gemeinsame Entwicklung eines methodischen Rahmens für kooperative Kleinstadtplanung bzw. gemeinschaftliche Kleinstadtentwicklung im Sinne von Veränderungsmanagement und Local Governance / Bürgerkommune,
- die Weiterentwicklung der Kleinstadtforschung,
- Empfehlungen an Bund, Länder und Kommunen für eine nachhaltige Kleinstadtpolitik sowie
- die Sensibilisierung der Fach- und allgemeinen Öffentlichkeit für das Thema.

Die ersten Eindrücke aus den Modellvorhaben zeigen, dass eine große Vielfalt an Kleinstädten sowie kommunalen Herangehensweisen und Erfahrungen im Umgang mit den spezifischen Herausforderungen der Stadtentwicklung besteht. Während einige Kleinstädte bereits gut aufgestellt sind, fehlen andernorts Strategien und Konzepte im Umgang mit vergangenen und aktuellen Strukturbrüchen.

Kontakt

Bundestransferstelle
Kleinere Städte und Gemeinden
c/o Plan und Praxis GbR
Manteuffelstraße 111
10997 Berlin

Fon 030 – 6165348 53
Fax 030 – 6165348 54
transferstelle-ksg@planundpraxis.de
www.städtebauförderung.info
www.planundpraxis.de

Alle Abbildungen: Plan und Praxis 2016

Im Hinblick auf soziale Infrastrukturen lässt sich festhalten, dass diese in den lokalen Prozessen in den Modellvorhaben von allen Altersgruppen thematisiert werden. Weitere Themen, die von den Akteuren in den Kommunen aufgeworfen wurden, sind die Vielfalt und Qualität der Wohnangebote, der Umgang mit Tragfähigkeitsproblemen der Einrichtungen und die Erneuerungsbedarfe der Infrastruktureinrichtungen, die Beteiligung der Adressaten sowie die Chancen und Potenziale interkommunaler Kooperationen. In den kommenden Monaten werden in den Modellvorhaben lokale Werkstattveranstaltungen durchgeführt, um Zukunftsszenarien zu entwickeln. Im Frühjahr 2017 wird eine erste öffentliche Zwischenbilanzveranstaltung in Berlin stattfinden.

Zum Abschluss der Transferwerkstatt dankte **Silke Andresen**, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB), den Referentinnen und Referenten für ihre Beiträge und allen Teilnehmenden für die engagierte Diskussion. Der Erfahrungsaustausch zum Programm „Kleinere Städte und Gemeinden – überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke“ werde gezielt fortgesetzt. Begleitend werde eine Zwischenevaluierung des Programms durchgeführt, deren Ergebnisse bis Ende 2017 vorliegen und eine wichtige Grundlage für die Weiterentwicklung des Programms bilden werden. Frau Andresen lud alle Anwesenden ein, den begonnenen Austausch zur Zukunft von Kleinstädten auf der Rahmenveranstaltung zum Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik am 14. September 2016 in Hannover fortzusetzen.

Die Veranstaltung klang bei einem Mittagsimbiss und informellen Gesprächen aus.

Hinweise zu Literatur und Links

REGIONALE 2016

www.regionale2016.de

Neue Kooperationen und Finanzierungsmodelle für die Daseinsvorsorge – Ein Praxisleitfaden

www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/Sonderveroeffentlichungen/2015/Kooperationen-Finanzierungsmodelle.html

ExWoSt Forschungsvorhaben „Potentiale von Kleinstädten in peripheren Lagen“

www.exwost-kleinstaedte.de

Internetportal zum Städtebauförderprogramm Kleinere Städte und Gemeinden

www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/DE/Programm/StaedteGemeinden/staedteGemeinden_node.html

Erster Statusbericht zum Städtebauförderprogramm Kleinere Städte und Gemeinden

www.bmub.bund.de/service/publikationen/downloads/details/artikel/kleinere-staedteund-gemeinden-erster-statusbericht-zumstaedtebaufoerderprogramm/

Programmstrategie zum Städtebauförderprogramm Kleinere Städte und Gemeinden

www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/SharedDocs/Publikationen/StBauF/KleinereStaedte/Programmstrategie.html

Praxisbeispiele der Programmumsetzung im Programm Kleinere Städte und Gemeinden

www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/DE/Programm/StaedteGemeinden/Praxis/praxis_node.html